

Alternative für Deutschland (AfD)

Alternative für Deutschland

Parteivorsitzende	Konrad Adam, Frauke Petry, Bernd Lucke
Schatzmeister	Norbert Stenzel
Gründung	06. Februar 2013, Berlin
Hauptsitz	Schillstraße 9, 10785 Berlin
Mitglieder	ca. 15.000
Webadresse	www.alternative.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung	1
2 Finanzierung	1
3 Mitglieder und Unterstützer	2
3.1 Hans-Olaf Henkel	2
3.2 Joachim Starbatty	2
3.3 Norbert Stenzel	2
3.4 Beatrix von Storch	2
4 Debatte um Einordnung im politischen Spektrum	2

Kurzdarstellung

Nach der Gründung der Partei am 06. Februar 2013 in Berlin war die Euphorie groß in der Partei groß. Das Thema, die "geordnete Auflösung des Euro-Währungsgebietes" wurde unter großem Medienaufsehen inszeniert. Die AfD fordert eine Änderung der europäischen Verträge, sodass ein Austritt aus der Eurozone möglich wird, bejaht aber ein "Europa der souveränen Staaten".^[1] Im politischen Spektrum wird die AfD als konservativ eingeordnet, während andere auch Parallelen zu rechtspopulistischen Parteien sehen.^[2] Ihre Mitglieder kommen zu einem großen Teil aus dem bürgerlichen Lager.^[3]

Finanzierung

Die AfD finanziert sich bisher ausschließlich über Mitgliedsbeiträge und Spenden. Ob sie zukünftig mit Mitteln von Bund und Ländern profitiert, hängt vom Wahlergebnis ab. Das Wahlergebnis und die selbst eingeworbenen Mittel sind Maßstäbe für die Berechnung der Parteienfinanzierung. So wirbt unter anderem AfD Mitglied Jens Eckleben für Unterstützung: "Abgesehen davon, daß wir noch keine Gelder aus der Parteienfinanzierung bekommen, werden zukünftig die Gelder maßgeblich von den durch die Partei jetzt eingeworbenen Spenden abhängen."^[4]

Genaue Zahlen sind nicht bekannt. Bis Ende April 2013 soll die Partei rund 600.000 Euro aus Mitgliedsbeiträgen eingenommen haben, während Schatzmeister Stenzel die größte Einzelspende einer Privatperson auf 5000 Euro bezifferte. ^[5]

Mitglieder und Unterstützer

Da die Partei bisher in keinem Parlament vertreten ist, kann sie keinen direkten Einfluss auf Gesetzesinitiativen ausüben und befindet sich nicht im Fokus des Interesses von Lobbyisten und Verbänden. Trotzdem gibt es Personalien in der AfD, die besondere Nähe zu Unternehmen aufweisen, oder als Parteiüberläufer Konfliktpotential bergen.

Hans-Olaf Henkel

Hans-Olaf Henkel ist kein Mitglied der AfD, unterstützt diese aber im Wahlkampf. ^[6] Er ist ehemaliger Präsident des Bundesverbands der deutschen Industrie (BDI) (1995-2000). Henkel ist Mitglied der Aufsichtsräte von Bayer AG (Leverkusen), Continental AG (Hannover), Daimler Luft- und Raumfahrt AG (München), SMS GmbH (Düsseldorf), Ringier AG (Zofingen/Schweiz) und Heliad Equity Partners (Frankfurt /Zürich). ^[7]

Joachim Starbatty

[Joachim Starbatty](#) ist emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre mit wirtschaftsliberalen Vorstellungen sowie Kritiker von Euro und EU. Starbatty ist Mitbegründer der AfD und Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#).

Norbert Stenzel

Kritik wird besonders um die vielen Überläufer von anderen Parteien laut. Hervorzuheben ist hier der Fall Stenzel. Norbert Stenzel ist ehemaliges Mitglied des CDU-Wirtschaftsbeirats und brüstete sich, aus seiner damaligen Zeit in der CDU ein "dickes Adressbuch" mit zur AfD zu nehmen. Diese Aussage bezog sich auf die Frage, wie die AfD sich langfristig finanzieren wolle. Die CDU bezichtigte ihn darauf des Datenklaus. ^[5]

Beatrix von Storch

[Beatrix von Storch](#) ist Direktkandidatin für Berlin Mitte. Mit ihrem Ehemann [Sven von Storch](#) leitet sie Internetplattformen wie [Abgeordneten-Check.de](#) oder [FreieWelt.net](#) und gilt als eine der einflussreichsten Euro-Kritikerinnen. ^[8]

Debatte um Einordnung im politischen Spektrum

Die Partei ordnet sich selbst keinem politischen Lager zu. Als Protestpartei ist die AfD auch Auffanglager für Extremisten. ^[9] Der Soziologe Andreas Kemper findet homophobe und demokratiefeindliche Tendenzen in der Partei: "Der wissenschaftliche Berater der AfD Roland Vaubel spreche sich für eine 'unternehmerfreundlichere Demokratie' aus, die auf Lasten finanziell schwacher Kreise gehe. Und Beatrix

von Storch kämpfe mit der **Zivilen Koalition** gegen die 'Minderheiten-Lobby', also Schwule und Lesben.^[10] Die AfD wehrt sich regelmäßig gegen Zuspruch aus der rechten Szene und nimmt generell keine ehemaligen Mitglieder von **NPD** und **DVU** auf. Ganz Ausschließen kann Vorstandsmitglied die Unterwanderung aber nicht: Es sei besser, die Wähler wählten AfD anstatt NPD.^[11] Zu kämpfen hat die AfD mit Behinderungen und Gewaltandrohungen im Wahlkampf. Die Fälle mehren sich, nach dem linksautonome Gruppierungen und auch die Grüne Jugend in Göttingen und Berlin die AfD-Kampagnen behinderten.^[12]

1. ↑ [Wahlprogramm AfD 2013](#), Website Alternative für Deutschland, abgerufen am 16. August 2013
2. ↑ [Euro-Kritiker: Konservativ, liberal, rechts - wohin steuert die AfD?](#), Handelsblatt online, 28.06.2013, abgerufen am 16.08.2013
3. ↑ [Besserwissender Professor](#), Süddeutsche online, 16.04.2013, abgerufen am 16.08.2013
4. ↑ [Warum die AfD Spenden braucht](#), Jens Eckleben auf Google+, 06.05.2013, abgerufen am 19. August 2013
5. ↑ ^{5,05,1} [Zur Finanzierung ihres Wahlkampfs will die neue Anti-Euro-Partei "Alternative für Deutschland" Kontaktlisten von CDU-nahen Organisationen nutzen](#), Spiegel online, 21.04.2013, abgerufen am 13.08.2013
6. ↑ [Hans-Olaf Henkel für die AfD im Hofbräukeller Heimspiel für die "Alternative für Deutschland"](#), Abendzeitung München online, 10.07.2013, abgerufen am 19. August 2013
7. ↑ [Hans-Olaf Henkel](#), Wikipedia, abgerufen am 19. August 2013
8. ↑ [AfD-Kandidatin Beatrix von Storch: Ihr Hauptberuf ist Protest](#), Cicero online, 12.06.2013, abgerufen am 20. August 2013
9. ↑ [Fragwürdiges Personal bei der AfD](#), TAZ online, 13.08.2013, abgerufen am 20.08.2013
10. ↑ [Soziologe Andreas Kemper: "AfD hat demokratiefeindliche und homophobe Tendenzen"](#), Focus online, 21.07.2013, abgerufen am 20. August 2013
11. ↑ [Wahlkampf: AfD-Chef will NPD-Wähler gewinnen](#), Handelsblatt.com, 15.05.2013, abgerufen am 20. August 2013
12. ↑ [Gewaltandrohungen: AfD braucht im Wahlkampf Polizeischutz](#), Die Welt online, 20.08.2013, abgerufen am 20. August 2013